

**Antrag der ver.di-Gruppe an der FH Gießen
an die 2. Fachbereichskonferenz des FBs 5 Mittelhessen
zu Studiengebühren**

Die Konferenz möge beschließen:

Der FB 5 von ver.di Mittelhessen spricht sich gegen die Einführung jeglicher Studiengebühren und/oder Studienkonten-Modelle in Hessen und in Deutschland aus. Die Fachbereichskonferenz ruft alle übergeordneten ver.di-Gliederungen und Vorstände des Landes Hessen und des Bundes auf, sich dieser Auffassung anzuschließen und alle Gelegenheiten zu nutzen, um in Stellungnahmen, bei Verhandlungen etc. die Erhebung von Studiengebühren zu thematisieren, zu verurteilen und nach Kräften zu verhindern.

Der Bundesfachbereichsvorstand wird über diesen Konferenz-Beschluß informiert und aufgefordert, ihn allen ver.di-Bezirken bekannt zu machen und die eigene Positionierung entsprechend zu korrigieren.

Begründung:

Zwei zentrale Forderungen der bürgerlichen Revolutionen im Europa des 18./19. Jahrhunderts waren, allen Menschen, den „Bürgern“, den Zugang (1.) zu allem Wissen und (2.) zu allen Berufen zu ermöglichen: Das Wissen um die Bibel, um die Gesetze, um die Krankheiten von Mensch und Tier durfte den einfachen Menschen nicht mehr verschlossen sein (etwa in Bibliotheken Adliger). Aber auch die professionelle Auseinandersetzung mit solchen Themen (die Bibel-Auslegung und -Predigt, die Gesetz-Interpretation und das Richter-Amt, der Arzt-Beruf und die Forschung) sollte nicht mehr von der Abstammung abhängig sein.

Die Einführung von Studiengebühren versucht nun, das Rad der Geschichte zurückzudrehen und setzt an die frühere Stelle des Adels den Reichtum – oder wenigstens das hohe außertarifliche Einkommen, das nur bei Einsatz und Verwaltung des Reichtums in seiner nächsten Umgebung abfällt (für Manager, Broker etc.). So betrachtet ist der unsoziale Charakter von Studiengebühren nur ein auffälliger Nebenaspekt der gesamten Problematik. Studiengebühren sind als Eintrittsgelder zu betrachten, vergleichbar einer (stark überhöhten) „Kopfpauschale“, die so bemessen wurde, daß sie von der Ressource „Wissen“ diejenigen ausschließt, die vom Angebot ihrer Arbeitskraft und nicht von ihrem Reichtum leben.

Plakativ gesprochen: Die Krankenschwester spart geringfügig Steuern, weil sie nicht mehr für die gesamte Finanzierung der medizinischen Fakultät (mit-)aufkommen muß. Dafür können ihre Kinder nicht mehr studieren: Die Studiengebühren sind weit höher als die eingesparte Steuer. Aber die Kinder des Hauptaktionärs der privatisierten Klinik, in der sie arbeitet, können durchaus aus den eingesparten Steuern die Studiengebühren bezahlen und freuen sich auf ein Studium mit weniger Andrang bei der Zulassung und geringerem Wettbewerb um gute Noten und Promotionsstellen. Der Oberarzt dagegen hofft im Moment noch, daß das Studium seiner Kinder für ihn zwar teuer, aber noch bezahlbar ist.

Gleichzeitig sind die Einnahmen an Gebühren (mit Rücksicht auf die Palette der angesprochenen Klientel) natürlich zu niedrig, als daß sie die wissenschaftliche Lehre finanzieren könnten: Hochschulen werden auch in Zukunft keinen Gewinn abwerfen und werden bei nachlassender Inanspruchnahme nicht wie überflüssige Kantinen geschlossen – d.h.: Ihre

Existenz, ihr Betrieb und ihre Einbettung in die gesellschaftliche Infrastruktur wird staatlicherseits und unabhängig von ihren Einnahmen garantiert: Gebäude und Ausrüstung, aber auch die Bushaltestelle, der Briefkasten, die Ampel, der Feuermelder, der Straßenbelag –im Falle abnehmender Studentenzahlen sogar die ganze Einrichtung – werden auch in Zukunft nicht von Studiengebühren, sondern von Steuergeldern finanziert. Folgerichtig sind auch die bisherigen Einnahmen nicht in die Hochschulbudgets geflossen, weil sie konsequent als Teil der allgemeinen Einnahmen der Länder angesehen wurden.

Ein gutes Anschauungsbeispiel liefern weiterhin die Bundeswehrhochschulen: Dort ist das Studium nicht nur kostenfrei, sondern es garantiert den Studierenden auch ein Einkommen und spätere Beschäftigung. Die Frage ist, ob die Armee als einziger Teil dieser Gesellschaft ihre studierten Mitglieder braucht.

Hätten je die Hochschulbetriebe zur eigenen Finanzierung beitragen sollen, wäre es einfacher gewesen, einen „Uni-Soli“ einzuführen – zu zahlen vom Gewinn derjenigen Betriebe, die AkademikerInnen beschäftigen: So würden auch die Aktionäre der Uni-Kliniken, der Telekom oder der Bahn zur Kasse gebeten, die davon profitieren, daß andere ihre Jugend in Hörsälen verbrachten, während sie nur die Kurse ihrer Aktien zu lernen brauchten.

Eine bewährte, US-amerikanische Variante der Finanzierung wäre freilich, die Ergebnisse universitärer Forschung teuer zu verkaufen. Stattdessen wird Forschung hierzulande eher dann mit öffentlichen Mitteln unterstützt, wenn sich ein privatwirtschaftlicher „Partner“ findet – der dann praktisch unentgeltlich die steuerfinanzierten Patente übernimmt. Das nennt sich „anwendungsorientierte Forschung“ und soll angeblich verhindern, daß die (etwas trottelligen) Akademiker den Kontakt zur Realität verlieren.

Die Langzeitwirkung der Erhebung von Studiengebühren läßt sich schon heute im Osten Deutschlands ablesen: Verarmte Regionen sind bereits medizinisch unterversorgt. Verschuldete Ärzte werden sich auch in Zukunft nicht dort niederlassen wollen, wo sie Patienten mit Minimalversicherung zu erwarten haben. In Zukunft werden wir feststellen dürfen, ob Studierende, die eine solche soziale Selektion durchlaufen haben, sich als Ingenieure gegen Bombodrome, als Physiker gegen Atomendlager, als Anwälte für Arbeitsrecht werden engagieren wollen: Die Spaltung der Gesellschaft wird voranschreiten.

Es ist eine bewußte Irreführung der Öffentlichkeit, wenn suggeriert wird, „ewige Studenten“ würden die Kosten der Hochschulbildung in die Höhe treiben: Je nach den Gründen für ihre Studiendauer besuchen sog. „Langzeitstudierende“ entweder mehr Fächer als nötig, um sich für ein bestimmtes Einsatzgebiet zu qualifizieren; oder sie verteilen die „Standard-Fächer“ über einen längeren Zeitraum (z.B., weil sie jobben, erziehen oder Grundlagen nachholen), wodurch den Hochschulen keine Mehrkosten entstehen, denn sie besuchen nicht mehrmals dasselbe Fach. Dagegen gibt es Anreize für ehrgeizige Studierende, das Studium zu verkürzen (bzw. zu verteuern), indem sie, ohne Rücksicht auf Wissensertrag, Klausuren späterer Semester zeitlich vorziehen und bei nicht zufriedenstellendem Ergebnis zur Notenverbesserung wiederholen (sog. „Freischüsse“). Auch Ehrenämter können übrigens die Studienzeit verlängern – so etwa die Arbeit in Gewerkschaften oder in der studentischen Selbstverwaltung; beides gilt in rechten Kreisen als verwerflich.

Studiengebühren, ebenso wie Studienkonten-Modelle, bedeuten den Ausschluß von Studierenden aus Arbeiterfamilien, von solchen, die Kinder, Alte oder ein Ehrenamt zu betreuen haben, die ihre Arbeitslosigkeit (evtl. durch ein gefragteres Zweitstudium) überwinden wollen oder schlicht sich ihrem Fach widmen wollen – bzw. ihren Fächern: Fachkombinationen wie: Medizin/Technik, Wirtschaft/Mathematik, Jura/Theologie, Soziologie/Psychologie etc. werden zu kostspielig sein für die wenigen, die sich dafür noch erwärmen könnten. Die Frage ist also, auf wessen Seite und für die Forderungen aus welchem Jahrhundert wir stehen.